

Open-Access-Strategie für Berlin: wissenschaftliche Publikationen für jedermann zugänglich und nutzbar machen

Nachbereitung einer Veranstaltung und Desiderata

Christoph Bruch
Helmholtz-Gemeinschaft
christoph.bruch@oa.helmholtz.de

Maxi Kindling
Humboldt-Universität zu Berlin
maxi.kindling@hu-berlin.de

Katja Mruck
Freie Universität Berlin
katja.mruck@fu-berlin.de

Dagmar Schobert
Technische Universität Berlin
dagmar.schobert@tu-berlin.de

Michaela Voigt
Technische Universität Berlin
michaela.voigt@tu-berlin.de

Abstract

Am 13.10.2014 kamen Vertreter_innen verschiedener Universitäten, Hochschulen, Kulturerbe- und Forschungseinrichtungen sowie Open-Access-Initiativen zu der Veranstaltung „Open-Access-Strategie für Berlin“ zusammen, die auf Initiative des Berliner Open-Access-Netzwerks durchgeführt wurde, um den Status quo von Open Access in Berlin darzustellen, Lücken aufzuzeigen und Bedarfe zu erörtern. Im vorliegenden Beitrag werden der Hintergrund und die wesentlichen Ergebnisse der Veranstaltung knapp zusammengefasst sowie Desiderata für eine künftige Berliner Open-Access-Strategie formuliert.

Stand

29. Mai 2015

Lizenz

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (CC BY).

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Online verfügbar

Auf dem Digitalen Repositorium der TU Berlin
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-66573>

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
Historie der Veranstaltung und das Berliner Open-Access-Netzwerk	1
Die Veranstaltung „Open-Access-Strategie für Berlin“	3
Desiderata	4
Ausblick	9

Vorbemerkung

Die Autor_innen haben das Berliner Open-Access-Netzwerk mit initiiert und waren federführend an der Organisation der Veranstaltung beteiligt. Die folgende Darstellung ist aus der Perspektive der langjährig mit Open Access vertrauten Autor_innen verfasst und beansprucht nicht, die Sicht des gesamten Berliner Open-Access-Netzwerks oder der jeweiligen Institutionen zu vertreten.

Die Ausführungen beziehen sich im Wesentlichen auf den Open-Access-Begriff nach der *Berlin Declaration on Scientific Knowledge in the Sciences and the Humanities* von 2003¹ mit dem Wissen, dass einige Lösungen in der Praxis einer strikten Auslegung der *Berlin Declaration* nicht in Gänze standhalten. Die Aussagen schließen – sofern sinnvoll – neben textorientierten Publikationen gleichermaßen Forschungsdaten, kulturelle Artefakte, Metadaten, Software sowie auch die Wissenschaftskommunikation und ihre Prozesse im Sinne von Open Science ein. Vieles bezieht sich allerdings naturgemäß auf die bislang am weitesten entwickelten und etablierten Infrastrukturen und Services für Textpublikationen an Berliner Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Grundsätzlich werden der grüne und der goldene Weg des Open-Access-Publizierens² auch in ihren verschiedenen Schattierungen (um in diesem Bild zu bleiben) als gleichberechtigt und komplementär angesehen.

Historie der Veranstaltung und das Berliner Open-Access-Netzwerk

Durch gesamtdeutsche Initiativen wie die Digitale Agenda der Bundesregierung³ und die Positionierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft⁴ sowie internationale Positionen-

¹ Max-Planck-Gesellschaft, *Berlin Declaration on Open Access to Knowledge in the Sciences and Humanities*.

² Siehe <http://open-access.net/informationen-zu-open-access/open-access-strategien/>

³ Die Bundesregierung, *Digitale Agenda 2014–2017*.

⁴ Siehe http://www.dfg.de/dfg_magazin/forschungspolitik_standpunkte_perspektiven/open_access/

papiere⁵ wird der wissenschaftspolitische Rahmen für das Publizieren nach den Kriterien von Open Access in der jüngeren Vergangenheit zunehmend sichtbar und wirksam. Dieser findet wiederum Niederschlag in Strategien einzelner deutscher Landesregierungen; darunter sind insbesondere Initiativen aus Baden-Württemberg,⁶ Nordrhein-Westfalen⁷ und Schleswig-Holstein⁸ zu nennen.

Im Abgeordnetenhaus von Berlin stellte die Fraktion der Piratenpartei im Frühjahr 2014 zwei Anträge (Open Access I⁹ und Open Access II¹⁰) an den Senat, die mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten eine Open-Access-Strategie für Berlin forderten. Zudem richtete der Abgeordnete Martin Delius (Piratenpartei) eine Kleine Anfrage¹¹ an den Senat zu den Berliner Open-Access-Aktivitäten. In der Folge kam es zur Beschlussempfehlung „Open-Access-Strategie für Berlin: wissenschaftliche Publikationen für jedermann zugänglich und nutzbar machen“¹² des Ausschusses für Wissenschaft, die sich auf den zweiten Antrag der Piratenpartei und einen gemeinsam von den Fraktionen von CDU und SPD eingebrachten Ersetzungsantrag bezog. Dieser Antrag wurde von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses einstimmig angenommen. In ihm werden acht Aufträge für den Berliner Senat formuliert, u. a. soll der Senat konkrete Strukturen zur Förderung von Open Access aufbauen und die Möglichkeiten zur Regulierung mittels gesetzgeberischer Aktivitäten und finanzieller Anreize prüfen.¹³

Im Mai 2014 luden Akteure aus der Helmholtz-Gemeinschaft Vertreter_innen von Senat, Forschungseinrichtungen und Hochschulen zu einem Treffen ein, dessen Ziel es war, einen Austausch aller interessierten Gruppen über ihre Vorstellungen von einer Berliner Open-Access-Strategie anzustoßen. Hiervon ausgehend konstituierte sich das Berliner Open-Access-Netzwerk aus Akteuren, die zum Teil seit vielen Jahren das Thema in

⁵ Science Europe, *New Science Europe Principles on Open Access Publisher Services*; International Council for Science, *Open access to scientific data and literature and the assessment of research by metrics*.

⁶ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, *E-Science – Wissenschaft unter neuen Rahmenbedingungen: Fachkonzept zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur in Baden-Württemberg, erarbeitet von einer durch das Wissenschaftsministerium eingesetzten Expertenkommission*.

⁷ Landtag Nordrhein-Westfalen, *Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung: 39. Sitzung (öffentlich): Ausschussprotokoll APr 16/708*.

⁸ Schleswig-Holstein, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, *Strategie 2020 der Landesregierung Schleswig-Holstein für Open Access*.

⁹ Abgeordnetenhaus von Berlin, *Antrag der Piratenfraktion Open Access I: Bericht über eine berlinweite Strategie zur Umsetzung: Drucksache 17/1486*.

¹⁰ Abgeordnetenhaus von Berlin, *Antrag der Piratenfraktion Open Access II: Prüfung der Einrichtung eines Open-Access-Publikationsfonds: Drucksache 17/1487*.

¹¹ Abgeordnetenhaus von Berlin, *Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Martin Delius (PIRATEN) vom 31. März 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. März 2014) und Antwort: Drucksache 17/ 13522*.

¹² Abgeordnetenhaus von Berlin, *Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft vom 14. Mai 2014 zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1487 : Open Access II: Prüfung der Einrichtung eines Open-Access-Publikationsfonds: Drucksache 17/1655*.

¹³ Abgeordnetenhaus von Berlin, *Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft vom 14. Mai 2014 zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1487 : Open Access II: Prüfung der Einrichtung eines Open-Access-Publikationsfonds: Drucksache 17/1655*.

ihren Einrichtungen begleiten, mitgestalten und auch institutionenübergreifend zusammenarbeiten. Für einen fortlaufenden Informationsaustausch wurde ein Mailverteiler¹⁴ eingerichtet, der aktuell circa 60 Personen umfasst (Stand: Mai 2015).

Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft erbat im zweiten Quartal 2014 von den Universitäten und Hochschulen des Landes Berichte zu ihren Open-Access-Aktivitäten. Die in Berlin angesiedelten außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die öffentlichen Kulturerbeinstitutionen betraf diese Anfrage nicht. Beim Austausch innerhalb des Berliner Open-Access-Netzwerkes wurde deutlich, dass der Senat mit seiner Abfrage viele relevante Akteure nicht erreichen und damit weder deren Position zur Kenntnis nehmen, noch deren Expertise würde nutzen können.

Aus der Sicht des Berliner Open-Access-Netzwerkes sollte der Prozess der Erarbeitung der Open-Access-Strategie für das Land deshalb inklusiver angelegt sein, als es sich aufgrund der ersten Aktivitäten des Senates andeutete. Um die öffentliche Aufmerksamkeit für eine Berliner Open-Access-Strategie zu erhöhen, weitere interessierte Akteure zur Mitwirkung zu gewinnen und mögliche Synergien erkennen und nutzen zu können, organisierte das Netzwerk deshalb eine Informationsveranstaltung, in deren Rahmen der Status quo von Open Access in Berlin dargestellt, Lücken aufgezeigt und Bedarfe erörtert wurden.

Die Veranstaltung „Open-Access-Strategie für Berlin“

Die Veranstaltung „Open-Access-Strategie für Berlin“ fand als „Satelliten-Veranstaltung“ zur siebenten internationalen Open Access Week¹⁵ (20.–26. Oktober 2014) am 13. Oktober 2014 in den Räumen der Freien Universität Berlin statt und hatte ca. 200 Teilnehmer_innen. Ausrichter waren die Freie Universität Berlin (FU Berlin), die Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin) und die Technische Universität Berlin (TU Berlin) in Kooperation mit der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. Neben Vorträgen, die den Kern der Veranstaltung bildeten, illustrierte eine Posterausstellung die Vielfalt der Open-Access-Initiativen an Berliner Einrichtungen.¹⁶

Im Verlauf der Veranstaltung wurde deutlich, dass sich auf der Infrastrukturebene für den grünen wie für den goldenen Weg diverse Angebote an den Berliner Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen etabliert haben. Zu nennen sind institutionelle sowie disziplinär ausgerichtete Repositorien für Textpublikationen¹⁷ und Repositorien für Forschungsdaten¹⁸. Die FU Berlin betreibt eine Plattform, die Universitätsangehörige und externe Wissenschaftler_innen für die Herausgabe von Open-Access-Zeitschriften nutzen können; aktuell werden dort über 30 Zeitschriften gehostet.¹⁹ An vielen Einrichtungen entstehen digitale Editionen und Publikationsreihen, die nach den Kriterien

¹⁴ Siehe <https://sympa.cms.hu-berlin.de/sympa/info/oa-berlin/>

¹⁵ Siehe <http://www.openaccessweek.org/>

¹⁶ Siehe http://www.fu-berlin.de/sites/open_access/Veranstaltungen/oa_berlin/

¹⁷ Vierkant und Kindling, *Open-Access-Repositorien in Berlin und Brandenburg*.

¹⁸ Siehe u. a. <https://depositonce.tu-berlin.de/>, <http://www.laudatio-repository.org/>

¹⁹ Siehe <http://www.cedis.fu-berlin.de/e-publishing/services/zeitschriften/>

von Open Access verfügbar sind.²⁰ Berliner Einrichtungen beteiligen sich auch an der technischen Entwicklung von Open-Source-Software für Repositorien, für Zeitschriftenplattformen und zur Erstellung von Buchpublikationen. Hervorzuheben ist zudem das Engagement von Angehörigen Berliner Einrichtungen bei der Bereitstellung von Standardisierungswerkzeugen wie dem „DINI-Zertifikat für Open-Access-Repositorien und -Publikationsdienste“²¹. Darüber hinaus stehen beispielsweise Softwarelösungen zur Verfügung, die das Aggregieren von Metadaten aus verteilten Repositorien ermöglichen.²² Die TU Berlin betreibt einen Universitätsverlag, der Universitätsmitgliedern das Open-Access-Publizieren ermöglicht. Daneben gibt es bspw. an der FU Berlin umfassende Erfahrungen mit der Mittelverteilung im Rahmen von Open-Access-Publikationsfonds. Zusätzlich zu den infrastrukturellen Open-Access-Dienstleistungen werden die Berliner Wissenschaftler_innen mit einschlägigen Schulungs- und Beratungsangeboten (u. a. zu Autor_innenrechten und Zweitveröffentlichungsrecht, Verlagsverträgen, Lizenzierung, Nutzung von Repositorien und Herausgabe von Open-Access-Zeitschriften) unterstützt.

Desiderata

Vor dem Hintergrund der Beiträge und Diskussionen im Rahmen der Veranstaltung, aber v. a. der bisherigen Erfahrungen der Konzeption und Umsetzung von Open-Access-Strategien, lassen sich die folgenden Desiderata identifizieren, die in einer Berliner Open-Access-Strategie berücksichtigt werden sollten:

Veröffentlichungen auf den textorientierten Repositorien

Die Zahl der Veröffentlichungen auf den textorientierten Repositorien²³ der Berliner Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist weit davon entfernt, dass tatsächlich alle aus öffentlichen Mitteln finanzierten Veröffentlichungen „für jedermann zugänglich und nutzbar“ wären. Auch sind die verfügbaren Zahlen nur begrenzt für statistische Auswertungen aussagekräftig, da stets die Gesamtpublikationsliste (z. B. Hochschulbibliografie) einer Einrichtung gebraucht würde, um den Open-Access-Anteil bestimmen zu können. Nach aktuellem Kenntnisstand ist diese aber bspw. bei den Universitäten nur an der FU Berlin verfügbar. Zusätzlich ist die tatsächliche Volltextquote der in den Repositorien verzeichneten Veröffentlichungen nicht immer eindeutig zu ermitteln – mitunter werden in den Repositorien zwar die Metadaten zu einzelnen Publikationen, nicht jedoch die Volltexte vorgehalten. Deshalb muss nicht nur die Zahl der Volltexte deutlich erhöht werden, sondern es muss auch sichergestellt werden, dass verlässliche Statistiken über den Open-Access-Anteil am gesamten Publikationsaufkommen erhoben werden können. Dafür sind wiederum an den einzelnen Einrichtungen entsprechende Voraussetzungen wie Hochschulbibliografien bzw. Forschungsinformationssysteme notwendig, die die Erhebung dieser Zahlen möglich machen.

²⁰ Siehe http://www.fu-berlin.de/sites/open_access/Veranstaltungen/oa_berlin/poster/

²¹ Siehe <http://dini.de/dini-zertifikat/>

²² Siehe <http://dini.de/projekte/oa-netzwerk/>

²³ Synonym verwendet werden „Dokumentenserver“ bzw. „Publikationsserver“.

Zielvereinbarungen über Open-Access-Quoten

Beides, d. h. die Erhöhung der Volltextquote sowie verlässliche Statistiken über den Open-Access-Anteil am gesamten Publikationsaufkommen, kann durch die angestrebte Open-Access-Policy des Senates unterstützt werden. Dafür bietet es sich an, dass der Senat mit öffentlichen wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes Zielvereinbarungen über Open-Access-Quoten trifft.

Technische Standardisierung

Einrichtungen, die bisher nicht über eine eigene technische Infrastruktur verfügen, können die o. g. Forderung nach Erhöhung der Open-Access-Inhalte nur bedingt erfüllen; hier geht es zunächst um den Aufbau einer eigenen Infrastruktur bzw. den Verweis auf bestehende, z. B. disziplinäre, Repositorien. Um hier keine regionalen Sonderwege zu gehen, sollte beim Aufbau und der Weiterentwicklung von Repositorien – wo immer möglich – auf vorhandene Empfehlungen und Guidelines wie z. B. das DINI-Zertifikat als Rahmenwerk für die technische Qualitätssicherung zurückgegriffen werden. Eine dort vorgesehene technische Standardisierung (u. a. Verfügbarkeit von Metadaten über das OAI-PMH-Protokoll²⁴) ist essenziell, damit die Inhalte verschiedener Repositorien beispielsweise über eine gemeinsame Rechercheoberfläche durchsuchbar und somit infrastrukturübergreifend sichtbar gemacht werden können²⁵ und auch für die arbeitsteilige, kooperative Gestaltung und Nutzung von Mehrwertdiensten verfügbar sind.

Langzeitarchivierung

Texte und andere digitale Objekte müssen langfristig verfügbar und nutzbar gehalten werden. Für alle hier angesprochenen Infrastrukturlösungen sind daher dringend Langzeitarchivierungslösungen zu erarbeiten und umzusetzen.²⁶ Hierbei sind kooperative Ansätze wünschenswert. Sie sollten einerseits technische Lösungen umfassen, aber auch den Austausch der Institutionen hinsichtlich der Autor_innenberatung und -schulung nutzen. So zeigt die Erfahrung, dass Autor_innen von Textpublikationen häufig konkrete Hinweise benötigen, um langzeitarchivierungsfähige Dokumente zu erstellen. Für Repositorien, die der Publikation und Archivierung von digitalen Objekten dienen, ist die Orientierung an internationalen Standards (u. a. Data Seal of Approval²⁷, nestor-Siegel nach DIN 31644²⁸, ISO 16363²⁹) für den Aufbau vertrauenswürdiger Archive empfehlenswert. Hier ist die Bereitstellung von technischen und personellen Ressourcen und die Beteiligung an den Kosten für eine regionale und überregionale Langzeitarchivierung erforderlich.

²⁴ Siehe <https://www.openarchives.org/pmh/>

²⁵ Bspw. über die Bielefeld Academic Search Engine (BASE), siehe <https://www.base-search.net/> oder den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV), siehe <http://www.kobv.de/>

²⁶ Kooperative Lösungen für die Langzeitarchivierung werden beispielsweise mit Archivematica am Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin entwickelt, siehe <http://www.zib.de/features/shepherding-bits/>.

²⁷ Siehe <http://datasealofapproval.org/>

²⁸ Siehe http://www.langzeitarchivierung.de/Subsites/nestor/DE/nestor-Siegel/siegel_node.html/

²⁹ Siehe <http://www.iso16363.org/>

Umschichtung von Erwerbungsmitteln

Für die Finanzierung von Open-Access-Publikationsgebühren, die bei der Veröffentlichung von Artikeln in vielen Open-Access-Zeitschriften anstelle von Subskriptionsgebühren anfallen, sollten Mittel zur Verfügung gestellt werden, sofern diese nicht im Rahmen der Drittmittelförderung bereits in Projektbewilligungen vorgesehen sind. Bisher hat in Berlin nur die Freie Universität, unterstützt durch Mittel aus dem Förderprogramm „Open Access Publizieren“³⁰ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), einen Open-Access-Publikationsfonds eingerichtet. Die DFG versteht dieses zeitlich begrenzte Programm als Anreiz, der die Förderempfänger dazu motivieren soll, perspektivisch selbstständig und dauerhaft Fondsmittel für ihre Angehörigen bereitstellen. Hierzu ist eine sukzessive Umschichtung von Mitteln aus Subskriptionsetats für die Finanzierung von Open-Access-Publikationsgebühren erforderlich. Dass dies auch möglich ist, legt eine im April 2015 veröffentlichte Studie der Max Planck Digital Library nahe. Die Autor_innen der Studie prognostizieren, dass eine Umstellung der Finanzierung des Publizierens von Subskriptions- zu Publikationsgebühren mit einer Kosteneinsparung verbunden sein wird.³¹ Des Weiteren sollten Angehörigen von Fächern, in denen die wissenschaftliche Kommunikation bzw. der Erwerb von Renommee primär an Buchveröffentlichungen (Monografien, Sammelwerke usw.) gebunden ist, realistische Perspektiven eröffnet werden, auch nach den Open-Access-Bedingungen im gewohnten Umfang publizieren zu können. Hierzu sollte die Einrichtung von Fonds bzw. die Erweiterung bestehender Fonds erwogen werden, die bisher auf die Finanzierung von Artikeln aus Open-Access-Zeitschriften beschränkt sind. Eine Orientierung zum aktuellen Diskussionsstand über Anforderungen, die mit der Zahlung von Publikationsgebühren verbunden werden sollten, gibt das Positionspapier „Positionen zur Schaffung eines wissenschaftsadäquaten Open-Access-Publikationsmarktes“.³²

Markttransparenz

In der Vergangenheit waren zumindest die großen Verlage in der Lage, unangemessen hohe Preissteigerungen für die Subskription ihrer wissenschaftlichen Zeitschriften durchzusetzen. Regelmäßig wurden die Subskribenten zudem vertraglich verpflichtet, über die Inhalte ihrer Subskriptionsverträge einschließlich der Höhe der vereinbarten Subskriptionsgebühr Stillschweigen zu wahren. Es wäre ein wesentlicher Fortschritt, wenn solche Verschweige Klauseln für Verträge zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und Verlagen ausgeschlossen würden: Markttransparenz kann dabei helfen, zukünftige Preissteigerungen zu dämpfen. Derzeit formieren sich Projekte mit dem Ziel, Informationen über

³⁰ Siehe http://www.dfg.de/foerderung/programme/infrastruktur/lis/lis_foerderangebote/open_access_publizieren/

³¹ Schimmer, Ralf and Geschuhn, Kai Karin and Vogler, Andreas, *Disrupting the subscription journals' business model for the necessary large-scale transformation to open access.*

³² Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen, *Positionen zur Schaffung eines wissenschaftsadäquaten Open-Access-Publikationsmarktes : Positionspapier der Ad-hoc-AG Open-Access-Gold im Rahmen der Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen.*

gezahlte Publikationsgebühren zu veröffentlichen.³³ Diese Ansätze würden durch eine entsprechende Policy des Senates unterstützt.

Berufungsverfahren und Mittelzuweisung

An den Einrichtungen und institutionsübergreifend sollte die Aufklärungsarbeit zum Thema Open Access fortgesetzt und ausgeweitet werden. Das sichtbare Engagement der Leitungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist in diesem Kontext von besonderer Bedeutung. Deshalb sollten parallel zur Aufklärungsarbeit in Berufungsverfahren und bei der Mittelzuweisung (u. a. Landesmittel) Anreize geschaffen werden, die das Engagement Einzelner anerkennen, Forschungsprozesse und -ergebnisse möglichst umfassend nach den Kriterien von Open Access verfügbar zu machen.

Rechtliche Fragen und Zweitveröffentlichungsrecht

Nach den bisherigen Erfahrungen führen insbesondere Unsicherheiten in urheberrechtlichen Fragen häufig zur Zurückhaltung bei der Nutzung des grünen Weges für Open-Access-Textveröffentlichungen. Viele Autor_innen kennen die für eine mögliche Zweitveröffentlichung relevanten Passagen in ihren Verlagsverträgen nicht oder können sie nicht interpretieren. Die frei zugängliche Datenbank SHERPA/RoMEO³⁴ bietet zwar Orientierung, ändert jedoch aufgrund der fehlenden rechtlichen Verbindlichkeit der über sie zu beziehenden Informationen nichts an der Problematik, dass letztlich jede_r Autor_in gezwungen ist, die urheberrechtliche Situation der eigenen Publikationen individuell zu prüfen. Es ist deshalb zu evaluieren, mit welchen Unterstützungsmaßnahmen wissenschaftliche Autor_innen dazu befähigt werden können, ihre „grünen Rechte“ bestmöglich zu nutzen.

Ähnliche Unsicherheiten herrschen auch hinsichtlich der Veröffentlichung von Forschungsdaten (z. B. in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber Dritten, die Urheberschaft in Forschungsprojekten mit mehreren Beteiligten oder auf daten- und personenschutzrechtliche Aspekte). In diesen Fragen sind Ansprechpartner_innen zur Unterstützung der Wissenschaftler_innen sowie der Erfahrungsaustausch unter den einzelnen Einrichtungen erforderlich, die entsprechende Services bereitstellen.

Neben dem Angebot juristischer Beratung sollten die Rechte der Autor_innen hinsichtlich der Nutzung und Verwertung des eigenen wissenschaftlichen Outputs gestärkt werden – das Zweitveröffentlichungsrecht für Textpublikationen ist dabei ein erster, wenn auch verbesserungswürdiger Ansatz.³⁵

Open-Access-konforme Lizenz CC BY

Autor_innen, die den goldenen Weg einschlagen, benötigen Unterstützung im Hinblick auf die adäquate Lizenzierung ihrer Werke. Open-Access-Publikationen sollten hier mit

³³ Siehe u. a. <https://github.com/OpenAPC/openapc-de/>

³⁴ Siehe <http://www.sherpa.ac.uk/romeo/>

³⁵ Siehe u. a. <http://www.allianzinitiative.de/handlungsfelder/rechtliche-rahmenbedingungen/faq-zvr.html/>

der Lizenz CC BY³⁶ versehen sein: Diese Lizenz ermöglicht eine weitgehend ungehinderte Nachnutzung des entsprechend lizenzierten Werkes und legt die Nennung der Autor_innen verbindlich fest – und erfüllt damit die Vorgaben der *Berlin Declaration*. Bereits jetzt wird sie von vielen Open-Access-Zeitschriften genutzt³⁷, während eine Reihe von Verlagen restriktivere und/oder nicht standardisierte Lizenzen einsetzen und diese als Open-Access-kompatibel bezeichnen. Dass Open-Access-Zeitschriften bei der Lizenzierung ihrer Artikel keinem einheitlichen Standard folgen, ist vielen Autor_innen nicht bewusst.

Hochschulgesetz und Open-Access-Mandate

Im Hochschulgesetz des Landes Baden-Württemberg werden die Hochschulen des Landes aufgefordert, ihr wissenschaftliches Personal zur Nutzung eines gegebenenfalls vorliegenden Zweitveröffentlichungsrechtes im Sinne von § 38 Abs. 4 UrhG zu verpflichten.³⁸ Die Landesregierung schließt mit dieser Regelung an eine international verbreitete Praxis der Forschungsförderer an, die Förderung von Forschung aus öffentlichen Mitteln mit einer Verpflichtung zum Open-Access-Publizieren zu verknüpfen. Derzeit ist aber ohnehin nicht klar, ob die Regelung rechtlich Bestand haben wird, da a) bislang noch keine der betroffenen Hochschulen eine entsprechende Satzung beschlossen hat und b) zu erwarten ist, dass gegen solch eine Satzung geklagt werden wird. Die Autor_innen dieses Artikels konnten sich nicht auf eine Beurteilung dieser Verpflichtung einigen. Nach ihrer Wahrnehmung zieht sich diese Zwiespältigkeit auch durch die gesamte deutsche Open-Access-Community und auch die potentiell betroffene Autor_innenschaft. Aus diesem Grund wird hier auf eine Bewertung dieser Policy verzichtet.

Koordiniertes Vorgehen und Kofinanzierung

Die Relevanz eines koordinierten Vorgehens unter den Berliner Universitäten, Hochschulen und Infrastruktur- und Forschungseinrichtungen wurde bereits mehrfach angesprochen. Dabei sollten alle Betroffenen involviert werden. Insbesondere bei der Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung institutioneller Open-Access-Strategien können Berliner Einrichtungen von einer entsprechenden Strategie des Landes profitieren, die Orientierungspunkte liefert und die Relevanz des Themas für das gesamte Wissenschaftssystem betont. Zur Koordination und Integration aller Einrichtungen halten die Autor_innen den Betrieb eines Berliner Koordinationsbüros „Open Access“ für sinnvoll. In allen Belangen, die über landesweite Regelungen hinaus alle deutschen Forschungs- und Kulturerbeinrichtungen, Universitäten und Hochschulen tangieren, ist eine enge Abstimmung der Länderinitiativen wünschenswert. Für die Darstellung, Verbreitung und Vernetzung sowohl länderspezifischer als auch länderübergreifender Aktivitäten und Infor-

³⁶ Es handelt sich hierbei um die Kurzbezeichnung für die Creative Commons Namensnennung Lizenzen, siehe u. a. die aktuelle 4. Version unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

³⁷ Siehe <http://oaspa.org/growth-of-oa-only-journals-using-a-cc-by-license/>

³⁸ Siehe hierzu etwa die Verankerung im Hochschulgesetz von Baden-Württemberg (§ 44 [6] LHG Baden-Württemberg)

mationen sollte auf verfügbare Ressourcen wie insbesondere die Informationsplattform open-access.net³⁹ zurückgegriffen werden. Um dies zu realisieren, sollte Berlin sich an der Finanzierung der Plattform beteiligen und auch andere Landesregierungen zu deren Nutzung anregen.

Zum koordinierten Handeln zählt auch die Prüfung von Möglichkeiten der Kofinanzierung von Open-Science-Infrastrukturen. Viele wissenschaftliche Einrichtungen, nicht nur in Berlin, unterstützen z. B. für Open Access wichtige Infrastrukturen im eigenen Haus, sehen sich jedoch nicht oder nur eingeschränkt in der Lage, sich an der Finanzierung von Infrastrukturen zu beteiligen, die disziplinar und damit international genutzt werden. Die Handlungsfähigkeit deutscher wissenschaftlicher Einrichtungen wird hier häufig auch durch haushaltsrechtliche Vorgaben eingeschränkt. Beispielsweise kann das öffentliche Haushaltrecht der Finanzierung von Dienstleitungen entgegenstehen, die „kostenfrei“ angeboten werden. Gerade das ist ein zentrales Merkmal von Open-Science-Infrastrukturen. Hier sollte der Senat gemeinsam mit den wissenschaftlichen Einrichtungen prüfen, wie eine solidarische Beteiligung an der Finanzierung der für Open Science wichtigen Infrastrukturen ermöglicht werden kann.

Berliner Schaufenster

Ein darüber hinausgehendes Schaufenster „Berliner Wissenschaft“, dessen Realisierung in der Beschlussvorlage u. a. durch ein gemeinsames Berliner Repositorium bzw. Portal vorgeschlagen wurde, mag zunächst als ein begrüßenswertes Vorhaben erscheinen. Auf einen zweiten Blick sollte es jedoch v. a. hinsichtlich seines Zwecks und seiner Zielgruppe kritisch hinterfragt werden. Ziele einer umfassenden Open-Access-Strategie sollten der weltweite Zugang zu digitalen Objekten und deren Nachnutzbarkeit für die Wissenschaftler_innen sein. Ein „Schaufenster“ sollte daher in erster Linie die Auffindbarkeit von Open Access verfügbaren digitalen Objekten unterstützen – dabei ist es für Wissenschaftler_innen vermutlich von nachrangigem Interesse, in welchem Bundesland sie entstanden sind. Wichtiger wäre, den Output aus Berliner Einrichtungen in übergeordneten (disziplinären) Nachweissystemen sichtbar zu machen (siehe oben). An diesem Beispiel zeigt sich eine weitere Herausforderung für eine Landesstrategie: Die Integration von lokalen Entwicklungen in eine nationale und in internationale Open-Access-Strategien.

Ausblick

Mit Blick auf die vorgenannten Desiderata lassen sich einige zentrale Herausforderungen identifizieren, mit denen eine Berliner Open-Access-Strategie umgehen muss, will sie tatsächlich „wissenschaftliche Publikationen für jedermann zugänglich und nutzbar machen“:

Die Ausgangsbedingungen und Interessen von institutionellen Leitungsebenen einerseits und Infrastruktureinrichtungen andererseits variieren naturgemäß zwischen abstrak-

³⁹ Die Plattform <http://open-access.net/> wird nach einer initialen Förderung durch die DFG aus Eigenmitteln der vier Partneereinrichtungen betrieben. 2014 hat das Land Baden Württemberg eine inhaltliche und technische Überarbeitung der Plattform finanziert.

ten Zielformulierungen und konkreter Umsetzung. Je nach Perspektive werden auch unterschiedliche Auffassungen darüber vertreten, was eine Open-Access-Strategie am dringendsten enthalten und bspw. mithilfe von Landesförderung angehen sollte. Dabei sollten die Perspektiven der Wissenschaftler_innen, die sich je nach Wissenschaftsgebieten und Karrierestufen unterscheiden, stärker als bisher berücksichtigt werden. Hier ist neben institutionellen (Informations-)Angeboten ein öffentlicher und breiter Diskurs erforderlich, um Defizite der bisherigen Strukturen, Kulturen und Infrastrukturen benennen und langfristig mögliche Vorbehalte und Barrieren abbauen zu können.

Die breite Diskussion und Befürwortung von Open Access bedarf – mehr noch als neuer technischer Infrastrukturen – der Schaffung wissenschaftspolitischer Rahmenbedingungen und der adäquaten Grundfinanzierung der Einrichtungen, um entsprechendes Personal einsetzen zu können. Die größte Herausforderung einer solchen Initiative wird aber deren Verstetigung und Nachhaltigkeit sein, um einer nur temporären Aufmerksamkeit entgegenzuwirken. Neben den Berliner Einrichtungen sind die Brandenburger Einrichtungen zu berücksichtigen und in den Diskurs einzubeziehen, die bereits durch kooperative Forschungseinrichtungen wie die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften oder durch Verbände wie den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV) integriert sind. Eine Abstimmung mit der Brandenburger Landesregierung ist daher neben der Abstimmung mit den anderen Landesregierungen sowie den nationalen und internationalen Entwicklungen empfehlenswert.

Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin. *Antrag der Piratenfraktion Open Access I: Bericht über eine berlinweite Strategie zur Umsetzung: Drucksache 17/1486*. Berlin, 2014. URL: <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/IIIPlen/vorgang/d17-1486.pdf>.
- *Antrag der Piratenfraktion Open Access II: Prüfung der Einrichtung eines Open-Access-Publikationsfonds: Drucksache 17/1487*. Berlin, 2014. URL: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1487.pdf>.
- *Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft vom 14. Mai 2014 zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/1487 : Open Access II: Prüfung der Einrichtung eines Open-Access-Publikationsfonds: Drucksache 17/1655*. Berlin, 2014. URL: <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/IIIPlen/vorgang/d17-1655.pdf>.
- *Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Martin Delius (PIRATEN) vom 31. März 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. März 2014) und Antwort: Drucksache 17/13522*. Berlin, 2014. URL: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-13522.pdf>.
- Die Bundesregierung. *Digitale Agenda 2014–2017*. Berlin, 2014. URL: http://www.digitale-agenda.de/Content/DE/_Anlagen/2014/08/2014-08-20-digitale-agenda.pdf?__blob=publicationFile&v=6.
- International Council for Science. *Open access to scientific data and literature and the assessment of research by metrics*. Berlin, 2015. URL: <http://www.icsu.org/general-assembly/news/ICSU%20Report%20on%20Open%20Access.pdf>.

- Landtag Nordrhein-Westfalen. *Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung: 39. Sitzung (öffentlich): Ausschussprotokoll APr 16/708*. Düsseldorf, 2014. URL: <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA16-708.pdf>.
- Max-Planck-Gesellschaft, Hrsg. *Berlin Declaration on Open Access to Knowledge in the Sciences and Humanities*. Berlin, 2003. URL: <http://openaccess.mpg.de/Berliner-Erklaerung/>.
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. *E-Science – Wissenschaft unter neuen Rahmenbedingungen: Fachkonzept zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur in Baden-Württemberg, erarbeitet von einer durch das Wissenschaftsministerium eingesetzten Expertenkommission*. Hrsg. von Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. 2014. URL: http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Forschung/066_PM_Anlage_E-Science_Web.pdf.
- Schimmer, Ralf and Geschuhn, Kai Karin and Vogler, Andreas. *Disrupting the subscription journals' business model for the necessary large-scale transformation to open access*. 2015. DOI: 10.17617/1.3.
- Schleswig-Holstein, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung. *Strategie 2020 der Landesregierung Schleswig-Holstein für Open Access*. Kiel, 2014. URL: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PDF/2014/141118_msgwg_OpenAccessStrategie.pdf.
- Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen, Ad-hoc-AG Open-Access-Gold in der. *Positionen zur Schaffung eines wissenschaftsadäquaten Open-Access-Publikationsmarktes : Positionspapier der Ad-hoc-AG Open-Access-Gold im Rahmen der Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen*. 2015. DOI: 10.2312/ALLIANZOA.008.
- Science Europe, Hrsg. *New Science Europe Principles on Open Access Publisher Services*. Brüssel, 2015. URL: http://www.scienceeurope.org/uploads/PressReleases/270415_Open_Access_New_Principles.pdf.
- Vierkant, Paul und Maxi Kindling. *Open-Access-Repositoryen in Berlin und Brandenburg*. 2014. DOI: 10.5281/zenodo.12240.